

DIE LINKE, Sachsen, Kleiststr. 10 A. 01129 Dresden

60316 Frankfurt am Main

Vorab per FAX

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer Baumweg 45

Landesgeschäftsstelle

Landesvorstand Sachsen Kleiststr. 10 A 01129 Dresden

Telefon 0351 - 85 32 70 Telefax 0351 - 85 32 720

kontakt@dielinke-sachsen.de www.dielinke-sachsen.de

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank e.G Konto-Nr. 271 990 100 2 BLZ 850 900 00 auch Spendenkonto.

Dresden, den 6. November 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrter Herr Weselsky,

Die aktuelle Berichterstattung über den derzeitigen Streik der GDL und insbesondere die in meinen Augen bisher beispiellose Hetzjagd einiger Medien auf den Vorsitzenden der GDL, Claus Weselsky, macht es mir zu einer Herzensangelegenheit, Sie nicht nur in meiner Funktion als Landes- und Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Sachsen in Ihren Anliegen zu unterstützen. Vielmehr rufe ich auch die Mitglieder und Funktionäre meiner Partei auf, sich mit Ihrem Streik solidarisch zu erklären.

Es gibt sicher viele legitime Gründe, sich über den Streik und dessen Folgen zu ärgern. Viele Menschen müssen ihre berufliche und private Reisetätigkeit umdisponieren oder gar ausfallen lassen, Zulieferungen für Unternehmen könnten gefährdet sein.

Auch für DIE LINKE entstehen selbstverständlich ganz erhebliche logistische Probleme, insbesondere an einem Wochenende, wie es uns nun bevorsteht, einem Wochenende mit zahlreichen politischen Veranstaltungen. Denn wir unterstützen nicht nur aus (Verkehrs-)politischen Gründe den Bahnverkehr, sondern die meisten unserer Genossinnen und Genossen sind auch ganz praktisch Bahnfahrer, viele davon täglich.

Über all diese und andere Folgen Ihres Streiks kann und soll man sich ärgern. Dabei darf jedoch niemals vergessen werden, dass die Ursachen für diesen Streik vor allem bei der Unternehmensführung der Bahn liegen. Da die Bahn jedoch ein Staatsunternehmen ist, dessen Anteile vollständig beim Bund liegen, ist auch die Politik nicht aus der Verantwortung zu nehmen. Diese Verantwortung muss vor allem den Kunden und den Beschäftigten der Bahn gelten, nicht jedoch der Profitmaximierung im Rahmen der Privatisierungsbestrebungen für dieses Unternehmen. Genau diesen Interessen stehen Sie mit den von Ihnen vertretenen Zielen und Bestrebungen entgegen, weshalb die Härte der Angriffe auf Sie so deutlich unterhalb der Gürtellinie kaum überraschen darf.

Deshalb ist es jetzt geboten, dass alle, die nicht nur den legitimen Interessen der von Ihnen vertretenen Beschäftigten zustimmen, sondern denen auch das grundgesetzlich verbriefte Streikrecht und die Koalitionsfreiheit am Herzen liegt, sich mit Ihnen solidarisch erklären.

Wenn Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzender Siegmar Gabriel von einem "Missbrauch des Streikrechtes" spricht, so ist dies in aller Schärfe zurückzuweisen. Denn inzwischen ist Ihr Streik gerade im Hinblick auf die Pläne der Berliner Koalition für ein "Tarifeinheitsgesetz" ein Kampf geworden, in dem es um die Grundrechte aller arbeitenden Menschen in diesem Lande geht.

Mit freundlichen Grüßen

Dio poladi

Rico Gebhardt - Landesvorsitzender